

Deutsch-französischer Zukunftsdialog 2012

Mutter und aktive Bürgerin?

Die Teilnahme von Frauen am politischen Leben in Deutschland, Frankreich und Marokko

von Sophie Besancenot, Hana Faouzi und Eckehard Reußner

Auf den ersten Blick haben Deutschland, Frankreich und Marokko Frauen auf sehr unterschiedliche Weise in das politische Leben eingegliedert. Grundsätzlich ist festzustellen, dass die deutschen und französischen Frauen in dieser Hinsicht besser gestellt sind, da sie im politischen Leben sichtbarer sind. Um den Stand der Dinge in den drei Ländern zu vergleichen, werden wir uns auf die Situation weiblicher Abgeordnete konzentrieren, ein besonderes Augenmerk legen wir dabei auf die nationalen Parlamente. Was die Anzahl von Frauen in den Parlamenten betrifft, so liegt Deutschland nach Angaben der Interparlamentarischen Union auf dem 24. Platz, Frankreich nimmt den 38. und Marokko den 82. Platz ein.¹ Obwohl 1997 vier Frauen in Marokko einen Staatssekretärposten erlangten, schrieb die marokkanische Politikwissenschaftlerin Houria Alami-M'chichi noch im selben Jahr über ihr Land: „[...] es sind die Männer, die den politischen Raum definieren und die Regeln für die Ausübung von Macht in der Demokratie festgesetzt haben. Dabei haben sie den Frauen den Zugang zur Macht in Übereinstimmung mit der klassischen Rollenverteilung verwehrt.“²

Doch gilt dieses Zitat nicht auch für Deutschland und Frankreich? Wie lässt es sich erklären, dass politische Parteien in Frankreich, wo so viele öffentliche Gelder in die Kinderbetreuung gesteckt werden, eher Geldstrafen bezahlen, als Kandidaturen von Frauen zu unterstützen? In Deutschland ist die Bundeskanzlerin zwar derzeit eine Frau. Kann man jedoch von einem deutschen Modell sprechen, solange weibliche Abgeordnete in Deutschland auf Kinder verzichten müssen, um sich ihrer politischen Karriere widmen zu können?³ Bei näherer Betrachtung der tatsächlichen Einbindung von Frauen in das politische Leben der drei Länder, muss konstatiert werden, dass in allen

¹ Vgl. die Aufstellung im weltweiten Vergleich auf der Seite der Interparlamentarischen Union: <<http://www.ipu.org/wmn-e/classif.htm>> (zuletzt abgerufen im Januar 2013).

² Vgl. Alami-M'chichi H. 1997, La féminisation du politique, In *Prologues*, n° 9/mai 1997, S. 8, zitiert von Abdeltif Chaouai, S.152.

³ Die durchschnittliche Geburtenrate liegt in Deutschland bei 1,4 Kindern, gegen über 2,1 in Frankreich und 2,19 in Marokko. Es ist interessant darauf hinzuweisen, dass eine weibliche Abgeordnete in Deutschland durchschnittlich 1,2 Kinder hat, während der Durchschnitt der Männer im Bundestag 1,6 Kinder aufweist.

drei Ländern noch erhebliche Fortschritte gemacht werden müssen, damit Frauen ihr Volk auf Augenhöhe mit den männlichen Abgeordneten vertreten können. Kulturelle Blockaden bestehen in allen drei Ländern fort und erklären, warum die bestehenden rechtlichen Fortschritte nicht in konkrete Entwicklungen umgesetzt werden.

Marianne, die Familie und die Politik

Im Jahr 1791 verfasste Olympe de Gouges die »Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin« (Déclaration Universelle des Droits de la Femme et de la Citoyenne). Im darin enthaltenden Artikel X wird verkündet, dass „[...] die Frau das Recht hat, das Schafott zu besteigen. Gleichmaßen muss ihr das Recht zugestanden werden, eine Rednertribüne zu besteigen“. Dennoch erlangten die Frauen durch die Revolution den Status vollwertiger Bürger(innen) und das Wahlrecht wurde ihnen erst 1944 gewährt. Als Nationalfigur wählte Frankreich mit der Marianne eine Frau, deren Büste in allen Rathäusern thront. Das Porträt des Präsidenten, das in denselben Rathäusern hängt, hat jedoch seit der Gründung der Republik keine weiblichen Züge angenommen. 2007 beschloss der PS (Parti socialiste – Sozialistische Partei), erstmals eine Frau für das höchste Staatsamt zu nominieren, doch Frankreich wird auch weiterhin an der Spitze des Staates kontinuierlich von einem Mann vertreten. Wie lassen sich diese Widersprüche erklären?

Zweifellos wurden in Frankreich wesentliche Fortschritte im Bereich der Frauenrechte, und insbesondere bezüglich der politischen Partizipation der Frauen erreicht. Das französische Modell wird häufig von den Deutschen gelobt, immerhin ist die Beschäftigungsquote der Frauen in Frankreich mit mehr als 80% sehr hoch.⁴ Dies lässt sich zum Teil dadurch erklären, dass ein öffentliches System aus Kinderhorten und -gärten besteht und Kindergeld einen finanziellen Anreiz bietet. In der politischen Sphäre nehmen die Frauen eine wichtige Rolle ein, was auch daraus ersichtlich wird, dass die aktuelle Regierung uneingeschränkt paritätisch besetzt ist. Mehrere Gesetze, vor allem das Paritätsgesetz von 2000, haben es den Frauen ermöglicht, Posten zu besetzen, die vorher fast unerreichbar waren. Der Anteil der Frauen in der Nationalversammlung ist von 18,7 Prozent im Jahr 2007 auf 26,9 Prozent 2012 angestiegen. 1945 nahmen Frauen nur 5,6 Prozent der Sitze des Plenarsaals ein.⁵ Im internationalen Vergleich ist das Abschneiden Frankreichs jedoch nur mittelmässig (weltweit an 38. Stelle, direkt nach Afghanistan). Die Gesetze zur Parität scheinen vor allem die Schwierigkeit ans Licht gebracht zu haben, die

⁴ Vgl. Méda, D., Comment augmenter les taux d'emploi féminins ? *Connaissance de l'Emploi*, Le 4 Pages Du Centre d'Études de l'Emploi, N°27, Mars 2006, S. 1.

⁵ Vgl. Le Monde 2012, 155 femmes à l'Assemblée, un nombre record, 18.06.2012. <http://www.lemonde.fr/politique/article/2012/06/18/155-femmes-a-l-assemblee-un-nombre-record_1720214_823448.html> (zuletzt abgerufen im Januar 2013).

stark konservativ geprägte politische Kultur zu ändern. Zwar gibt es auf lokaler Ebene viele Regionalrätinnen, doch nur wenige Frauen steigen zur Präsidentin des Regionalrats auf. Derzeit sind nur 13,6 Prozent der Bürgermeister weiblich.⁶

Vielmehr als tatsächlich eine Parität erreicht zu haben, ist das Ergebnis dieser Gesetze ein erheblicher Anstieg der Anzahl von Kandidaten bei den Parlamentswahlen. Während die kleineren politischen Parteien wie etwa die Kommunistische Partei und der Front National die Vorgaben zur Parität mehrheitlich eingehalten haben, riskieren es die großen Parteien lieber, dass Teile ihrer finanziellen Zuwendungen einbehalten werden. So soll die UMP (Union pour un mouvement populaire - Union für eine Volksbewegung) für die letzte Legislaturperiode eine Strafe in Höhe von 20 Millionen Euro und der PS 2,5 Millionen Euro für die Missachtung der Regeln während der letzten Wahlen gezahlt haben. Laut der Politikwissenschaftlerin Mariette Sineau steckt dahinter das Kalkül der Parteien, die darauf setzen, insgesamt mehr Kandidaten zu gewinnen, indem sie weniger Frauen der Gefahr einer Niederlage aussetzen, und so durch ein größeres Budget die Strafen zahlen können.⁷ Zwischen 2007 und 2012 ist die Parität leicht zurückgegangen und lag bei circa 40 Prozent an weiblichen Kandidaten bei den letzten Parlamentswahlen.⁸ Dieses mittelmäßige Ergebnis zeigt eine gewisse Stagnation bei den durch das Paritätsgesetz ermöglichten Fortschritten auf.

Während hinsichtlich der Kandidaturen ein gewisser Erfolg auszumachen ist, bleiben die repräsentativen Posten größtenteils für Männer reserviert. Die Kandidatur Ségolène Royals als erste Frau für das Präsidentenamt der Französischen Republik im Jahr 2007 wurde für die öffentliche Meinung des Landes zum Anlass für eine Bestandsaufnahme in Sachen Gleichstellung von Mann und Frau. Ségolène Royal hat einen klassischen beruflichen Werdegang hinter sich: Als Absolventin der Eliteschule École nationale d'administration und Vertreterin einer von ihr im Wahlkampf vertretenen »ordre juste« (einer »gerechten Ordnung«) entsprach sie nicht dem Profil einer revolutionären Feministin. Obwohl sie in den Umfragen sehr beliebt war, wurde sie zum Opfer der Medien, ähnlich wie die ehemalige Premierministerin Edith Cresson während ihrer Amtszeit. Viele kritisierten Ségolène Royal aufgrund ihrer fehlenden Kenntnisse in den sogenannten »Männerbereichen«, wie etwa Wirtschaft und Verteidigung. Fehlte es ihr tatsächlich an Kompetenz oder handelte es eher um ein Zeichen fortdauernder patriarchaler Dominanz?

⁶ Vgl. Observatoire des Inégalités, *La représentation des femmes dans les instances politiques nationales*, 2012, <http://www.inegalites.fr/spip.php?article59&id_mot=92> (zuletzt abgerufen im Januar 2013).

⁷ Vgl. Sineau, M. La parité législative en France, 2002-2007 : les stratégies partisanes de contournement de la loi, *Swiss Political Science Review*, 2008, 14(4).

⁸ Vgl. Observatoire de la parité entre les femmes et les hommes, *40,0% de femmes candidates aux élections législatives : un recul de la parité !* 2012, <<http://www.observatoire-parite.gouv.fr/parite-politique/actualites/article/40-0-de-femmes-candidates-aux>> (zuletzt abgerufen im Januar 2013).

Hinzu kommt, dass die Mutterschaft in hohen Führungsebenen in Frankreich, trotz der hohen Geburtenrate (s.o.), ein Tabu bleibt. Es liegen nur wenige statistische Daten über die weiblichen Abgeordneten vor und wir wissen nicht, ob sie weniger Kinder haben als Frauen, die in anderen Bereichen arbeiten. Um jedoch einen Eindruck davon zu gewinnen, wie Politikerinnen öffentliches und privates Leben vereinbaren, kann die Situation von Ministerinnen als Beispiel herangezogen werden. Ségolène Royal und Rachida Dati waren während ihres Mandats schwanger; mehrere aktuelle Ministerinnen (der Grünen und der Sozialisten) sind Mütter. Während die Deutschen von der schnellen Rückkehr dieser Mütter an den Arbeitsplatz beeindruckt sind, zeigen sich die französischen Medien weniger versöhnlich. Systematisch fragt die Presse nach der Vereinbarkeit von Familie und Arbeit, während sich männliche Minister, die manchmal auch junge Väter sind, dieser Frage nicht stellen müssen. Auch wenn in Frankreich eine zielgerichtete Familienpolitik besteht, sind es weiterhin die Frauen, die den Großteil der anfallenden Hausarbeit schultern. Ihre aktive Teilnahme am politischen Leben ist zu Teilen durch diese Ungleichheit beschnitten.

Von »Kinder, Küche, Kirche« bis heute: Fortschritte und Rückschläge in Deutschland

Auf den ersten Blick scheint in einem Land, in dem mit Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Frau den höchsten Regierungsposten bekleidet, schon viel für die Aufstiegschancen der Frauen erreicht worden zu sein. Auf den zweiten Blick ist dieser Eindruck dennoch zu nuancieren: Gewisse Fortschritte lassen sich nicht von der Hand weisen, es gibt jedoch auch zahlreiche Rückschläge.

Die Erfolge sind insbesondere in den Parlamenten sichtbar: Zwischen Ende der 1980er und Ende der 1990er Jahre ist der Anteil von Frauen im Bundestag kontinuierlich angestiegen. Seitdem stagniert der Anteil bei leicht über 30 Prozent.⁹ Die Situation in den 16 Landesparlamenten ist im Großen und Ganzen vergleichbar. Auf kommunaler Ebene, wo die meisten Amtsträger ihr Mandat auf freiwilliger Basis ausüben, ist der Frauenanteil mit 25 Prozent am niedrigsten.¹⁰ Die deutsche Exekutive bleibt trotz der Kanzlerschaft Angela Merkels überwiegend männlich: Nur fünf der insgesamt 15 Minister des Kabinetts Merkel sind Frauen, wobei sich die wichtigsten Ministerien (Finanz-, Wirtschafts-, Innen-, Verteidigungsministerium sowie das Auswärtige Amt) in den Händen von Männern befinden. Die mächtigste Frau nach Angela Merkel ist die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Ursula von der Leyen, die

⁹ Vgl. Deutscher Bundestag, *Frauen und Männer*, 2011, <http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete17/mdb_zahlen/frauen_maenner.html> (zuletzt abgerufen im Januar 2013).

¹⁰ Vgl. Fernuniversität in Hagen, *Kommunen und Stadträte: Je wichtiger die Positionen, desto weniger Frauen*, 2009, <<http://www.fernuni-hagen.de/universitaet/aktuelles/2009/01/28-am-gender.shtml>> (zuletzt abgerufen im Januar 2013).

eines Tages Angela Merkel im Kanzleramt nachfolgen könnte. Auf Länderebene gibt es derzeit vier Ministerpräsidentinnen. Auch bei der Exekutive schneidet erneut die kommunale Ebene am schlechtesten ab: 2008 waren die Bürgermeister der großen deutschen Städte zu 18 Prozent weiblich, während in nur 4 Prozent der kleinen Städte (zwischen 5.000 und 20.000 Einwohner) eine Frau der Verwaltung vorsah.¹¹

Die sehr niedrige Zahl von Frauen in der Kommunalpolitik kann als Indikator einer strukturellen Benachteiligung von Frauen interpretiert werden, die aus der Doppelbelastung – bei ehrenamtlichen politischen Engagement sogar Dreifachbelastung – durch Arbeits- und Familienleben resultiert. Ein Blick auf die Familienstatistiken über Bundestagsabgeordnete bestätigt, dass die politische Aktivität von Frauen viel häufiger der Doppelbelastung von Mandat und Familie zum Opfer fällt als dies bei Männern der Fall ist. Die weiblichen Abgeordneten haben deutlich weniger Kinder als ihre männlichen Kollegen.¹² Besonders fällt auf, dass kaum eine Frau im Parlament der Bundesrepublik mehr als zwei Kinder hat – die Ministerin Ursula von der Leyen stellt mit ihren sieben Kindern eine Ausnahme dar – während eine nicht unbeachtliche Anzahl an männlichen Abgeordneten drei oder mehr Kinder hat.

Dennoch hat sich die politische Debatte im Bereich der Frauen- und Familienpolitik in Deutschland im letzten Jahrzehnt weitgehend modernisiert. Die Einführung von Quoten innerhalb mehrerer politischer Parteien (insbesondere im linken Lager) hat sich positiv auf mehr Gleichberechtigung der Geschlechter innerhalb der deutschen Gesellschaft ausgewirkt. Auf politischer und kultureller Ebene haben Frauen mit wichtigen Positionen innerhalb der CDU (zu nennen sind hierbei nochmals Angela Merkel und Ursula von der Leyen) mit dem klassischen deutsche Leitbild der »Drei Ks« (Kind, Küche, Kirche), das zuvor insbesondere von ihrer eigenen Partei getragen wurde, gebrochen. Aktuelle Reformen für einen massiven Ausbau von Betreuungsmöglichkeiten (Schaffung von Krippenplätzen), die ab 2013 durch einen Rechtsanspruch der Eltern auf einen solchen Betreuungsplatz für ihre Kinder ergänzt wird, lassen hoffen, dass die Verspätung des Landes gegenüber Ländern wie Frankreich und Schweden noch aufgeholt werden kann. Sie zeigen den tiefgehenden Wandel innerhalb der CDU (und der deutschen Gesellschaft) auf.

Doch es gibt auch Widerstand gegen diese Veränderungen: Um den konservativen Flügel der CDU und die CSU zu besänftigen, hat die Bundesregierung eine zusätzliche finanzielle Unterstützung für Eltern eingeführt, die ihre Kinder zu Hause betreuen – eine Maßnahme, die von Kritikern als »Herdprämie« bezeichnet wird, da sie einen finanziellen Anreiz für

¹¹ Vgl. Witte, K. Articus, S. Landsberg, G. *Beruf Bürgermeis/in*, Bertelsmann Stiftung, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- u. Gemeindebund, 2008, S.20, <http://mifkjf.rlp.de/fileadmin/mehr-frauen-in-die-politik/dokumente/Beruf_BuergermeisterIn.pdf> (zuletzt abgerufen im Januar 2013).

¹² Ebd.

Frauen darstellen könnte, nicht in ihren jeweiligen Beruf zurückzukehren. Gleichzeitig droht sich die Schaffung von Betreuungsplätzen im gesamten Land zu verzögern. Andere Probleme sind tief in der politischen Kultur verankert und dadurch nicht einfach zu lösen. Warum ist es für eine Abgeordnete nach ihrer Wahl schwerer als für ihren männlichen Kollegen, den nächsten Schritt zu machen und Teil der Exekutive (auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene) zu werden? Die Tatsache, dass es auf Ebene der verschiedenen Regierungen einen geringeren Anteil an Frauen gibt, lässt sich nicht einfach durch politische Maßnahmen ändern, sondern nur durch ein Umdenken in allen gesellschaftlichen Sphären.

Marokko : Erfolge und Blockaden

Marokko, dessen demographischer Wandel in den 1980er Jahren begann, verzeichnet einen hohen Bevölkerungsanteil an jungen Frauen. Die Präsenz von Frauen im öffentlichen Raum ist dort schon seit langer Zeit keine Randerscheinung mehr. Dank einer sehr aktiven Frauenbewegung haben sie nun Zugang zu Bildung und auf den Arbeitsmarkt und sie sind zudem die Hauptakteure in gemeinnützigen Vereinen. Schon 1963 erhielten marokkanische Frauen das Wahlrecht und durften auf Augenhöhe mit Männern bei freien Wahlen kandidieren. Diese Rechte wurden haben sich jedoch erst 2003 in der Realität niedergeschlagen, als die erste Frau in eine der Parlamentskammern gewählt wurde. Der Einzug von Frauen in die politische Sphäre war insbesondere in den 1990er Jahren bemerkenswert, als Frauen für Staatssekretär- und Ministerposten nominiert wurden.

Nicht zuletzt dank des Engagements feministischer Bewegungen wie zum Beispiel des »Mouvement du tiers des sièges élus des femmes... vers la parité« (Bewegung für ein Drittel der Parlamentssitze für Frauen... auf zur Parität) beschloss das Parlament 2002 eine Frauenquote von 30 Sitzen. Während der Kommunalwahlen 2009 wurden auf Initiative des Königs sogenannte Zusatzlisten durch die Regierung verabschiedet, die es ermöglichten, eine lokale Repräsentationsquote weiblicher kommunaler Abgeordneter über 12 Prozent zu erreichen.¹³

Trotz positiver Entwicklungen bei der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in Marokko und der Existenz von Gesetzen, die die politischen Rechte der Frau anerkennen, sind Frauen auf der politischen Bühne kaum bis gar nicht vertreten. Derzeit gibt es nur eine Ministerin in der Regierung und lediglich 15 Prozent der Abgeordneten sind nach der letzten Parlamentswahl im November

¹³ Vgl. TV5 Monde, *Maroc - L'avancée des droits des femmes*, 2009, <<http://www.tv5.org/cms/chaine-francophone/info/Les-dossiers-de-la-redaction/mohammed-6/p-3878-Maroc-L-avancee-des-droits-des-femmes.htm>> (zuletzt abgerufen im Januar 2013).

2011 weiblich (gegenüber 10,8 Prozent in der vorherigen Wahlperiode).¹⁴ Zur Erklärung dieser schwachen Repräsentation der Frauen in der marokkanischen Politik müssen verschiedene wirtschaftliche, kulturelle und soziale Faktoren berücksichtigt werden. Von besonderer Bedeutung sind patriarchalische Werte und kulturelle Grundmuster, die tief in der Gesellschaft verankert sind. Darüber hinaus ist der Zugang zu Ressourcen noch immer ungleich verteilt und Frauen, die sich politisch engagieren, erfahren innerhalb der politischen Parteien eine gewisse Ächtung. All dies macht es Frauen unmöglich, den privaten Raum (Familie, Kinder) mit dem öffentlichen Raum (politisches Engagement, Arbeit) zu vereinbaren. Durch die fehlenden Möglichkeiten der Kinderbetreuung sehen sich Frauen dazu gezwungen, ihre Berufstätigkeit aufzugeben, insbesondere innerhalb der politischen Parteien, da sie dort auch noch spät am Abend an Sitzungen teilnehmen sollen. Da in den meisten Fällen die Unterstützung des Partners fehlt, müssen die Frauen auf die Teilnahme an politischen Veranstaltungen verzichten, um ihre Kinder zu betreuen. Auch dies erklärt die Dominanz des männlichen Geschlechts in den politischen Parteien, im Parlament und in der Regierung.

Beim aktuellen Stand der Gleichstellung in Marokko ist die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und familiärer Verantwortung eines der zentralen Probleme, das den Zugang von Frauen in die Politik begrenzt und sie daran hindert, sich in der öffentlichen Sphäre zu engagieren. Diese Realität ist hauptsächlich das Ergebnis der durch die Gesellschaft geprägten Rollenverteilung, die sich negativ auf die Situation der Frauen, insbesondere derer, die im politischen Bereich arbeiten oder arbeiten möchten, auswirkt. Eine weitreichende Sensibilisierungskampagne wird notwendig sein, um der Öffentlichkeit die Vorteile aufzuzeigen, die eine aktive politische Beteiligung von Frauen für die Gesellschaft mit sich bringt. Ebenso wird es notwendig sein, die Ausbildung von Frauen und ihre Führungskapazitäten zu stärken, und zwar schon bevor sie die politische Arbeit beginnen. So gewinnen sie zum einen an Selbstbewusstsein, kennen aber auch die Spielregeln und Gesetze besser, die die Funktionsweise der politischen Welt bestimmen.

Ein gesellschaftliches Umdenken ist nötig

In allen drei Ländern bestehen weiterhin große kulturelle Blockaden und Gesetzesänderungen führen nur langsam zu einer Verbesserung der Situation der Frauen. Während die französischen Frauen Privat- und Berufsleben gut miteinander vereinbaren, scheint dies jedoch nicht auszureichen, um ihnen den Zugang zur politischen Bühne zu garantieren. Politik wird nicht als Berufsfeld

¹⁴ Vgl. Terrafemina, *Elections au Maroc : « 15% de femmes, ce n'est pas la parité »*, 2011, <<http://www.terrafemina.com/societe/international/articles/9011-elections-au-maroc--l-15-de-femmes-ce-nest-pas-la-parite-r.html>> (zuletzt abgerufen im Januar 2013).

wie jedes andere angesehen: Politiker zu sein ist ein Beruf für »Notabeln« und die ungleich verteilte Hausarbeit ist zum Nachteil der Frauen. In Deutschland ist der Zugang zu politischen Posten einfacher, dies betrifft jedoch nicht alle Positionen und ist das Ergebnis eines persönlichen Kompromisses, den die Frauen mit sich selbst schließen. Die politische Kultur scheint nicht zu Gunsten ihres politischen Aufstiegs zu wirken. In Marokko schließlich wurden beachtliche Fortschritte in der Gesetzgebung gemacht, die jedoch noch nicht zu wirklichen Erfolgen führten. Die Gesellschaft und ihre Traditionen bieten Frauen nicht genug Möglichkeiten zur beruflichen Entfaltung, da häufig ausschließlich sie für die Erziehung der Kinder zuständig sind, was sie in ihrer Eingliederung in die Welt der Politik bremst. Sitten, Bräuche und Traditionen spielen eine wichtige Rolle innerhalb dieser Entwicklung. Die Lage der Frauen wird sich nur dann verbessern, wenn es eine größere Akzeptanz von Seiten der Gesellschaft gibt. Häufig braucht es hierfür jedoch seine Zeit, wie die Entwicklung des Wahlrechts für Frauen zeigt. Um Einstellungen zu ändern, muss die Politik als Motor agieren. Die Berufung von Frauen auf wichtige Posten kann der Gesellschaft als Beispiel dienen und wird notwendig sein, um die Gleichstellung von Mann und Frau auf politischer Ebene zu normalisieren. Die Politik sollte dabei als Vorreiter agieren, um dadurch auch die Akzeptanz von Frauen in Führungspositionen in anderen Bereichen und insbesondere in der Wirtschaft zu erhöhen. Dabei darf man die ganz alltäglichen aber doch zentralen Hindernisse wie jenes der Kinderbetreuung nicht außer Acht lassen – ein Bereich, in dem noch mehr Anstrengungen unternommen werden müssen, um echte Gleichstellung zu erreichen. Trotz aller Probleme, die heute noch bestehen, so gab es doch in allen drei Ländern innerhalb nur einer oder zwei Generationen beachtenswerte Fortschritte für Frauen. Auch wenn der Weg nicht einfach ist, können Änderungen manchmal ganz schnell stattfinden – und das ist ein Grund optimistisch zu bleiben.

Sophie Besancenot ist Doktorandin am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz. Hana Faouzi ist Beraterin für soziale Angelegenheiten am Institut national de l'action sociale in Tanger. Eckehard Reußner ist Büroleiter eines Abgeordnetenbüros beim Europäischen Parlament. Der Text gibt ausschließlich die Meinung der Autoren wider. Er ist im Rahmen des Projekts »Deutsch-französischer Zukunftsdialog« entstanden, das von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), dem Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen (Cerfa) des Institut français des relations internationales (Ifri) und der Robert Bosch Stiftung gemeinsam organisiert wird.